

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 4 – Neufassung des
Ausbildungszentrums-gesetzes

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 011.03 / 22.01.2003

Verwaltungsakademie Altenholz

ist auf dem Weg zu einer „echten“ Hochschule

Die Notwendigkeit einer neuen gesetzlichen Grundlage für das Ausbildungszentrum für Verwaltung wird schon seit einigen Jahren diskutiert. Die Landesregierung begründet jetzt in der Vorbemerkung zum Gesetzentwurf die anstehenden Veränderungen unter anderem damit, dass gerade die Verwaltungsfachhochschule die an sie gestellten Anforderungen gut erfüllen muss.

Denn sie legt mit der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl für das Land als auch für die Kommunen und für acht Rentenversicherungsträger die Grundlage dafür, dass Nachwuchskräfte und MitarbeiterInnen für die Funktionsebene des gehobenen Dienstes so ausgebildet werden, dass sie anschließend alle an die Verwaltung gestellten Aufgaben optimal erfüllen können.

Die wesentliche Änderung im Gesetzentwurf ist, dass das Hochschulrecht zukünftig weitgehend Anwendung findet. Dieses begrüßt meine Fraktion außerordentlich.

Schon 1997 haben wir mit unseren Vorschlägen zur Verwaltungsstrukturreform dafür plädiert, dass sich Altenholz öffnet und mittelfristig zu einer frei zugänglichen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung wird.

Dieser Schritt wird mit dem vorgelegten Gesetzentwurf noch nicht gemacht, aber es wird die Grundlage dafür gelegt, dass sich die Verwaltungsfachhochschule zu einer „echten“ Hochschule mausern kann. Die im Vergleich zu anderen Fachhochschulen bestehenden Unterschiede bleiben erst einmal bestehen.

Grüne

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Aber Altenholz wird zukünftig auch in Fachkreisen mit zu den Hochschulen im Land gezählt werden müssen, denn die Ausbildung für den gehobenen Dienst findet zukünftig im Rahmen der allgemeinen Hochschulausbildung statt.

Ursprünglich hatte meine Fraktion das Ziel, aus Altenholz sehr zügig eine „normale Hochschule“ zu machen. Aber wir verschließen uns nicht vor den Erfahrungen anderer Bundesländer.

So ist Bremen diesen Weg gegangen und hat als Ersatz für die klassische Verwaltungsausbildung einen Studiengang „Wirtschaft und Verwaltung“ eingerichtet. Das Ergebnis ist, dass 95 Prozent der AbsolventInnen in die Privatwirtschaft gehen und nur 5 Prozent in die öffentliche Verwaltung. Nun ist Bremen darauf angewiesen, aus anderen Bundesländern Nachwuchskräfte anzuwerben. Dieser Weg löst also auch nicht alle Probleme.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung findet in seiner jetzigen Form unsere Unterstützung. Er schreibt auch weiterhin die Mitbestimmung der Arbeitgeber und die Auswahl der StudentInnen durch die Arbeitgeber fest und ermöglicht, dass die StudentInnen auch weiterhin schon während ihrer Ausbildung vom Arbeitgeber bezahlt werden.

Der Innen- und Rechtsausschuss, aber nach unserer Auffassung auch der Bildungsausschuss, müssen nun das Konstrukt des neuen Ausbildungszentrums im Detail beraten.

Aus meiner Sicht ist die Umwandlung der Verwaltungsfachhochschule in eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ein akzeptables Modell. In der Praxis wird sich dann zeigen müssen, wie die neue Fachaufsicht des Hochschulministeriums mit dem Einfluss der Arbeitgeber auf die zukünftige Verwaltungsakademie (Land, Kommunen, Rentenversicherungen) kooperieren kann.

Das Ministerium hat als nächsten Schritt die Reform der Studieninhalte und der Studienform angekündigt. Dabei ist es aus meiner Sicht sehr positiv, dass zukünftig die Vernetzung von Theorie und Praxis, die schon jetzt zur Ausbildung in Altenholz gehört, noch verbessert werden soll.

Meine Fraktion unterstützt es, dass bei der zukünftigen Ausbildungs- und Prüfungsordnung die Ausbildung verstärkt für andere Verwaltungstätigkeiten qualifiziert und dass sie damit flexibler wird.

Ich wünsche der neuen Verwaltungsakademie viel Erfolg auf ihrem Weg hin zu einer „normalen“ Hochschule.
